



## Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 03.05.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Auswirkungen Ukraine-Krise - Energieversorgung  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Einleitend erläutert er die Wichtigkeit der Energieversorgung für die Stadt, die sich auch im städtischen Handlungsfeld 11 „Klima und Energie“ widerspiegelt. Die Stadt will für ihre Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Einrichtungen eine gute Energieversorgung bieten. Für ganz Europa werden durch den Ukraine-Krieg herausfordernde Zeiten anbrechen. Angesichts des Klimawandels könne die Krise allerdings als Chance gesehen werden. Jeder könne dazu beitragen, dass Energie eingespart wird und dass eine Energieautarkie hergestellt werden könne.

Der **Geschäftsführer der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB)** stellt anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) die Situation der Energieversorgung dar. Die größten Herausforderungen seien die tatsächliche physische Lieferung und Verfügbarkeit von Erdgas und dessen preisliche Entwicklung. Seit 30.03.2022 sei der Notfallplan Gas ausgerufen worden. Wichtig sei die Versorgung aufgrund des Gasmangels der „geschützten Kunden“ gem. § 53 EnWG, die eine Versorgung von Privathaushalten und der sozialen Infrastruktur gewährleistet. Die gesetzliche Definition von geschützten Kunden sei allerdings eine politische Diskussion und diese werde wohl in den kommenden Wochen geführt werden. Bei der Preisentwicklung sehe man eine hohe Volatilität, nicht nur beim Gas, sondern auch beim Strom. Der Preis werde sich in jedem Fall erhöhen und dadurch auch für die Endkunden ansteigen. Es bestehe die Chance der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit. Er führt aus, dass ggf. das Blockheizkraftwerk Waldäcker anders als ursprünglich geplant ausgeführt werde.

OBM **Dr. Knecht** ergänzt, dass es große Auswirkungen auf den städtischen Haushalt geben werde. Es gelte, wie seit 2020 mit der Coronapandemie die Belastung für den Haushalt so gering wie möglich zu halten – und dies werde weiter mit Vehemenz getan –, so auch mit der Energiekrise die Auswirkungen auf den Gesamt-Etat der Stadt größtmöglich zu reduzieren. Die Diskussionen würden in den Gremien geführt. Klar sei, dass jegliche Einsparung jetzt schon hilft, die Gasspeicher nicht weiter entleeren zu lassen, und die Preisanstiege geringer ausfallen zu lassen. Eine generelle Sensibilisierung zum Energiesparen der gesamten Bevölkerung sei enorm wichtig. Zur Wahrheit gehöre auch, dass ggf. Diskussionen darüber geführt werden müssen, städtische Einrichtungen im

Winter zu schließen. Weitere Ideen würden mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke besprochen, und in den Ausschüssen öffentlich beraten. Ziel sei, Photovoltaik-Anlagen stark auszubauen und das Thema Windenergie in den Blick zu nehmen. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** dankt für den Bericht und regt an, auch den Aspekt Freiflächen-Photovoltaikanlagen in die Überlegungen einzubeziehen. Einen Windpark regen die Grünen für TOP 1 Auswirkungen Ukraine-Krise - Energieversorgung  
- mündlicher Bericht

---

das Lange Feld an.

Der angedachte Weg der Entscheidungsfindung über den Aufsichtsrat und den öffentlichen Gemeinderat sei aus Sicht von Stadtrat **Meyer** die richtigen. Eine hohe Ausschüttung der Gewinne der städtischen GmbHs an die Stadt sei in dieser Situation nicht sinnvoll. Er könne sich vorstellen, die Anstrengungen bei der Digitalisierung zugunsten des Fokus auf die Energieversorgung etwas zu strecken. Viele Initiativen seien bereits unter dem vorherigen Oberbürgermeister begonnen worden, dies trage nun auch Früchte, beispielhaft nennt er eine Untersuchung zur Nutzung von Erdwärme. Er fragt, ob es vertraglich irgendwelche Verpflichtungen gegenüber Russland gebe, die unbedingt bedient werden müssten. Er hält abschließend fest, dass die Erreichung einer Autarkie enorm wichtig sei.

Stadtrat **Weiss** führt aus, dass oft nur durch Krisen die Dinge angepackt würden. Da der Winter nahe, müssten alle Verbraucher mitgenommen werden und für die Energieeinsparung sensibilisiert werden. Soziale Probleme könnten hervorgerufen werden. Die angesprochene Risikobewertung mithilfe eines Handbuchs sei ein gutes Instrument. Die vorgeschlagenen Maßnahmen trage seine Fraktion mit. Über Windenergie müsste noch diskutiert werden. Nun sei die Politik gefragt, z. B. müsse über die verlängerte Laufzeit von Atomkraftwerken nachgedacht werden. Alle werden den Gürtel enger schnallen müssen. Er spricht sich dennoch dafür aus, nicht alles der Energieautarkie zu opfern.

Für den ausführlichen Bericht dankt Stadträtin **Liepins**, es seien viele Überlegungen angestellt worden. In der Vergangenheit sei einiges im Energiesektor aufgrund der Finanzen hintenangestellt worden. Nun würden aber nicht nur die Investitionen in die Energieautarkie, sondern allgemein Baustoffe oder auch Lebensmittel teurer. Die kommende Frage werde lauten, wie es geschafft wird, sozial Schwächeren adäquat zu helfen. Angesichts der schwierigen Zeit wisse man nicht, was auf die Stadt zukommt. Die Haushaltslage werde nach den schwierigen Corona-Jahren noch dramatischer zeigen. Beim Photovoltaik-Ausbau sieht sie Lieferengpässe auf die Stadt zukommen, weil nun alle in diesem Bereich investieren werden.

Stadtrat **Dogan** regt an, in Schulen und Vereinen Arbeitsgruppen zu gründen, die sich mit der Einsparung von Wasser, Strom und Gas intensiv beschäftigen. Gerade Sportvereine in den Sporthallen hätten hier hohes Einsparpotential. Er fragt nach den konkreten Preissteigerungen bei den Photovoltaikanlagen.

Ob es eine Priorisierung von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden des Gemeinwesens gebe, fragt Stadträtin **Dr. Klünder**. Außerdem interessiert sie die Personalausstattung der Stadtwerke für die geforderten Expertisen.

Unter den neuen Voraussetzungen müsse die Stadt nun neu priorisieren, so OBM **Dr. Knecht**. Trotzdem sei man froh, schon früher innovativ gewesen zu sein, hierzu zähle auch die Digitalisierung. Klar sei, dass die Stellschrauben enger gezogen werden müssen. Die Notwendigkeit zur Energieeinsparung komme in der Gesellschaft an.

Der **Geschäftsführer der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim** (SWLB) erläutert, dass die Energie, also auch das Gas, in der Börse bei Händlern gekauft werde. Diese Mengen müssten dann abgenommen werden. Die Vorlieferanten seien durch den Bund abgesichert. Ob und in welchem Ausmaß diese wiederum an Russland Verpflichtungen hätten, darüber hätten die Stadtwerke wenig Auskünfte. Im Bereich Photovoltaik gebe es momentan Lieferzeiten von bis zu einem Jahr und die Stadtwerke würden Fachpersonal in diesem Bereich suchen. Eine Priorisierung von Photovoltaikanlagen gebe es keine, die Stadtwerke hätten die Aufgabe, alle Anlagen ans Netz  
TOP 1                      Auswirkungen Ukraine-Krise - Energieversorgung  
- mündlicher Bericht

---

anzuschließen. Die Atomkraftwerke werden Ende 2022 abgeschaltet und seiner Kenntnis nach erfolge dies nach einem langfristigen Plan, der nicht mehr verschiebbar sei.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft führt aus, dass Maßnahmen zur Energiesensibilisierung bereits laufen würden. Bspw. werden die Hausmeister gezielt geschult.

Die städtischen Energiebudgets seien im grünen Bereich, so der **Fachbereichsleiter** Finanzen, im Weiteren werde man auf Sicht fahren. Im zweiten Halbjahr werde man die Preissteigerungen spüren, gleichzeitig seien keine Mehreinnahmen zu erwarten. Die Energiekrise werde die Stadt stärker belasten als die Coronapandemie.

OBM **Dr. Knecht** dankt abschließend für den Bericht und die Rückmeldungen aus dem Gremium. Er schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 2                      Jahresbericht LUIS  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und gibt das Wort an Stadträtin Dr. Klünder, die als Vorsitzende des Innenstadtvereins LUIS e.V. spricht.

Frau **Dr. Klünder** führt in ihrem Bericht aus, dass die Unsicherheit bei den Händlern und Gastronomen durch die Coronakrise und den Ukrainekrieg weiter besteht. Die Innenstädte würden sich in einem Transformationsprozess befinden, es gebe auch vermehrt Leerstände. LUIS e.V. trete als Ansprechpartner, Vermittler, Veranstalter und Förderer von Digitalisierungsprojekten auf. Ziel sei

---

es, „Lust auf Ludwigsburg“ zu machen. Die Stadt als Begegnungsort solle erhalten bleiben. Sie dankt den Mitarbeitern der LUIS-Geschäftsstelle für ihr Engagement.

Der **Geschäftsführer** von LUIS e.V. berichtet über die Aktivitäten anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die Coronazeit sei sehr fordernd gewesen. Insbesondere geht er in seinem Vortrag auf die Social-Media-Angebote, Digitalisierungsprojekte und die neue „Dankeschön-Aktion“ ein.

OBM **Dr. Knecht** betont die gute Zusammenarbeit des Vereins mit der Stadt und der Wirtschaftsförderung. Der Zuwachs an Mitgliedern sei erfreulich. Die guten Initiativen und Ideen seien hervorzuheben.

Es sei gut, dass die Innenstadt eine starke Stimme hat, meint Stadtrat **Prof. Vierling**. Die Bereiche Handel und Gastronomie funktionieren wieder in der „Nach-Corona-Zeit“. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt werde durch mehr Grün weiter gesteigert. Die verstärkte Digitalisierung trage hoffentlich auch nachhaltige Früchte. Positiv sei auch die StuWiCard, die einst die Grünen initiiert haben. Die „Dankeschön-Aktion“ bleibe aus seiner Sicht leider eine Bevorzugung der Autofahrer, die 2 Euro erhalten würden, Fahrradfahrer und Fußgänger lediglich 50 Cent. Hier erhoffe er sich mehr Unterstützung durch LUIS. Auch beim Thema der Fahrradstellplätze, die in größerer Anzahl

TOP 2                      Jahresbericht LUIS  
- mündlicher Bericht

---

gebraucht würden. Stadtrat Prof. Vierling regt außerdem eine koordinierte Aktion der Gastronomen zum Alkoholverbot bei Autofahrern an.

Stadtrat **Meyer** zufolge solle die Stadt einen Rahmen setzen und für ein geschäftsfreundliches Klima sorgen. Gleichzeitig soll eine Flexibilität ermöglicht werden. Bspw. solle die Innenstadt mit allen Verkehrsmitteln erreicht werden können. Mit den Aktionen von LUIS sei man mittlerweile Vorbild für andere Städte und Händlervereine. Vernetzung sei ein wichtiger Bereich. Das Thema Leerstände mache ihm Sorgen. Oftmals hätten Vermieter unterschiedliche Interessen als die Stadt. Hier sollte das Gespräch gesucht werden. Der Zuschuss für LUIS e.V. sei gut angelegt.

Man hoffe auf eine Entspannung in der Zukunft, so Stadtrat **Weiss**. LUIS e.V. hätte eindrucksvoll gezeigt, was man möglich machen kann. Die Aktivitäten in Social Media und Digitalisierung seien gut angelegt. Er betont die Wichtigkeit von Vernetzungen und der Erreichbarkeit mit dem Auto.

Stadträtin **Liepins** lobt die Arbeit und das engagierte Team von LUIS e.V. Es sei viel bewegt worden und die steigende Mitgliederzahl sei ein Ausdruck dessen. Das „Dankeschön“ für alle sei ein weiterer Erfolg aus den vergangenen beiden schwierigen Jahren.

Stadtrat **Dogan** dankt für den Bericht und fragt, ob man auch in den Stadtteilen LUIS-Mitglied werden könne.

Der **Geschäftsführer** von LUIS e.V. antwortet, dass jedes Geschäft Mitglied werden könne. Lediglich die Verkaufsoffenen Sonntage würden sich auf die Innenstadt beschränken, daher seien die Mitglieder hauptsächlich aus diesem und dem umliegenden Bereich.

OBM **Dr. Knecht** dankt für den Jahresbericht und stellt abschließend die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

TOP 3                      Ermächtigungsüberträge 2021-2022  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor Eintritt in die Tagesordnung von OBM **Dr. Knecht** abgesetzt.

---

**Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** Stabsstelle Wirtschaftsförderung und eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Das Gremium solle mitgenommen werden und Anregungen aus dem Gremium sollen für den weiteren Erarbeitungsprozess und Abwägungsprozess aufgenommen werden. Die gültige Satzung datiert von 2015. Bis Oktober 2022 sollen der Vorschlag für die überarbeitete Satzung vorliegen, der Beschluss in den Gremien soll im Herbst erfolgen und zum Jahreswechsel in Kraft treten. Die einzelnen Überarbeitungsbereiche werden vorgestellt.

Es gehe vor allem darum, so OBM **Dr. Knecht**, den wertvollen öffentlichen Raum angemessen und ansprechend zu gestalten. Er eröffnet die Aussprache.

Eine Abwägung der verschiedenen Interessen einer einheitlichen und trotzdem individuellen Gestaltung sei wichtig, führt Stadtrat **Prof. Vierling** aus. Die Zeitschiene mit einem halben Jahr der Erörterung hält er für richtig. Die Fraktion werde die Verwaltung unterstützen beim Aushalten von Kritik der Beteiligten, falls diese vorgebracht wird. Er regt an, die gewünschte Qualität in der Gestaltung vom Gegenteil her zu definieren, d.h. unerwünschte Gestaltungen auszuschließen. Dass nur Sonnenschirme ohne Werbung aufgestellt werden, hält Stadtrat Prof. Vierling für richtig. Auch sollte der öffentliche Raum, v.a. der Marktplatz nur in festgelegten Bereichen belegt werden. Bei den Pflanzen soll nachvollziehbar erläutert werden, warum eine Einheitlichkeit gewünscht sei. Die Aspekte Pflanzen und Wasser sollen aufgrund ihrer Wirkung bei der Klimaanpassung hervorgehoben werden. Ebenfalls regt er die Neuordnung und bessere Verteilung von Parteiständen in Wahlkampfzeiten an. Bei Konflikten bezüglich der Satzung solle der Gemeinderat informiert werden.

Das Thema Begrünung sei auch für ihre Fraktion wichtig, so Stadträtin **Dr. Klünder**. Bei der Bepflanzung der Gastronomieaußenbereiche hoffe sie auf eine gute Lösung. Sie fragt nach der Sanktionierung bei Nicht-Einhaltung der Satzung, und was genau auf eine Ansprache durch den Ordnungsdienst folge. Wichtig seien ihr auch die Kundenstopper, die eine große Bedeutung für Einzelhändler hätten. Hier solle ein Ermessensspielraum eingeräumt werden. Als Konsequenz der Corona-Zeit habe die Außenbewirtschaftung enorm an Bedeutung gewonnen. Dies solle, wie auch offene Sitzgelegenheiten – etwa auf dem Marktplatz – berücksichtigt werden. Bei allen Veränderungen solle darauf geachtet werden, dass die gute Qualität der Gestaltung gehalten wird.

Stadtrat **Weiss** fordert, die Bürokratie abzubauen. Auch in der Corona-Zeit sei man über die Satzung hinausgegangen. Die Überarbeitung der Satzung solle mit den Akteuren zusammen geschehen. Wichtig sei auch ihm das Thema Begrünung. Es sollten lieber weniger als mehr Regelungen getroffen werden. Es sei auf die Resultate der Fortschreibung gespannt.

Stadträtin **Liepins** befürwortet die Überarbeitung der Satzung. Sie sieht die Problematik bei den gleichen Themen. So seien die Pflanzgestaltung und die Farbauswahl wohl schwierig auszuhandeln. Sie sei gespannt auf die Ergebnisse nach den Diskussionen. Sie fragt, ob die Regelungen auch in den Stadtteilen und im Außenbereich gelten würden.



**Beratungsverlauf:**

Siehe gesonderte Niederschrift zum Betriebsausschuss Tourismus & Events Ludwigsburg vom 03.05.2022.